Die ökonomischen Konsequenzen direkter Demokratie



Lars P. Feld

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg Walter Eucken Institut Leopoldina





Die Diskussion in der Schweiz

- o Eine persönliche Vorbemerkung:
 - n Frühjahr 1996: Diskussion an der ETH Zürich zur "Verwesentlichung der direkten Demokratie" (Kleinewefers und Borner/Brunetti gegen Frey und Kirchgässner).
 - n 1997: Feld und Savioz in Kyklos
 - n 1999: Kirchgässner, Feld und Savioz mit freundlicher Reklame durch Alt-Bundesrat Kaspar Villiger.



Die Diskussion in der Schweiz

- 2004: Gutachten Feld zuhanden der KfK für ein Finanzreferendum auf Bundesebene
- 2008: Ablehnung eines Finanzreferendums für den Bund durch Nationalrat und Bundesrat.
- Vorgesehen war fak. Finanzreferendum
 - n 50000 Stimmberechtigte oder 8 Kantone
 - n Neue einmalige Ausgaben > SFr 200 Mio.
 - n Neue wiederkehrende Ausgaben > SFr 20 Mio.



Die Diskussion in der Schweiz

- Zweite Vorbemerkung
 - n NEAT: Neue Eisenbahn Alpen-Transversale
 - Diskussionsbeginn 1963
 - n 27.9.1992: Erstes Fakultatives Referendum
 - o Beteiligung: 45,9 Prozent
 - o Ja: 63,6 Prozent und Nein: 36,4 Prozent
 - o 19 4/2 Kantone ja und 1 2/2 Kantone nein.
 - n 29.11.1998: Obligatorisches Referendum
 - o Beteiligung: 38,3 Prozent
 - o Ja: 63,5 Prozent und Nein: 36,5 Prozent
 - o 19 3/2 Kantone ja und 1 3/2 Kantone nein.



Aufbau der Präsentation

- Wirkungen direkter Demokratie auf die Finanzpolitik
- Wirkungen direkter Demokratie auf die Wirtschaftspolitik
- Gründe für Unterschiede zwischen direkter und repräsentativer Demokratie
- Schlussbemerkungen

Wirkungen direkter Demokratie auf die Finanzpolitik



- o Orientierung an Bürgerwünschen:
 - n Die Staatsausgaben entsprechen in Gemeinden mit direkter Demokratie in Budgetfragen – ceteris paribus – eher den Präferenzen der Bürger als in den übrigen Gemeinden (Pommerehne (1978)).
 - n USA: Gerber (1999) findet Präferenzentsprechung für spezifische Politiken, Matsusaka (2010) für 10 verschiedene Politikbereiche.
 - n Portmann et al. (2012): Referenden der Schweizer Eidgenossenschaft von 1996 - 2008





- Höhe der Staatsausgaben (Matsusaka (1995, 2004), Feld und Matsusaka (2003a), Feld und Kirchgässner (2001a), Schaltegger (2001), Funk und Gathmann (2008, 2011), Freitag und Vatter (2002, 2006a), Blume et al. (2009))
 - n Die Staatsausgaben pro Kopf (in % des BIP) in Ländern, in Kantonen (U.S.-Bundesstaaten) und in Gemeinden mit Finanzreferendum (Initiative) sind – ceteris paribus – niedriger als in den übrigen Kantonen und Gemeinden.
 - n Umgekehrt in den USA vor dem Zweiten Weltkrieg bei Initiativen (Matsusaka (2000))





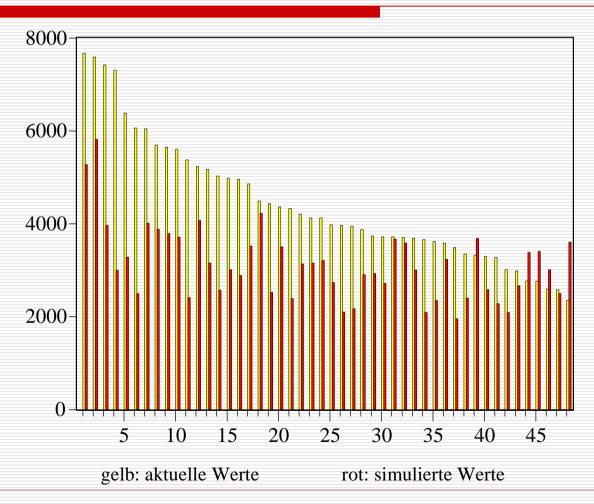
- o Wachstum der Staatsausgaben (Pommerehne und Schneider (1983)):
 - n Das Wachstum der Staatsausgaben lag zwischen 1965 und 1975 in Gemeinden mit direkter Demokratie in Budgetfragen – ceteris paribus – um knapp drei Prozent unter dem Wachstum in den übrigen Gemeinden.



- FREBURG
- Struktur der Staatsausgaben (Kirchgässner (2001), Schaltegger (2001), Vatter und Freitag (2002), Feld, Fischer und Kirchgässner (2010), Blume et al. (2009))
 - Nor allem (nationale, kantonale und lokale) Wohlfahrtsausgaben und kantonale Verwaltungsausgaben sind signifikant niedriger in Kantonen mit direkter Demokratie. Effektive Nutzung des Finanzreferendums führt zu signifikant niedrigeren kantonalen Verwaltungs- und Sozialausgaben.



Aktuelle und simulierte Werte der Gemeindeausgaben (SFr pro Kopf) in Gemeinden mit repräsentativer Demokratie



Konstanzer Wissenschaftsforum, 29. März 2012



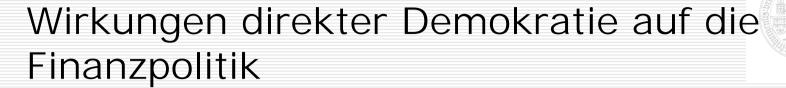


- Staatseinnahmen (Matsusaka (1995, 2004), Feld und Kirchgässner (2001a), Freitag und Vatter (2006b))
 - n Die Einnahmen pro Kopf sind in Kantonen (Staaten) und Gemeinden mit Finanzreferendum (Initiative) – ceteris paribus – niedriger als in den übrigen Kantonen und Gemeinden.
 - n Steuersätze sind in Kantonen mit direkter Demokratie niedriger.





- Struktur der Staatseinnahmen (Matsusaka (1995), Feld und Matsusaka (2003b))
 - n Die Einnahmen aus (direkten) Steuern und aus Gebühren und Beiträgen pro Kopf sind in Kantonen (U.S.-Bundesstaaten) mit Finanzreferendum (Initiative) – ceteris paribus – niedriger als in den übrigen Kantonen (Staaten), wobei der Effekt auf die Steuereinnahmen größer ist.



- Zentralisierung der Staatstätigkeit (Feld, Schaltegger und Schnellenbach (2008), Matsusaka (1995, 2004), Funk und Gathmann (2008, 2011))
 - n Staatseinnahmen und -ausgaben sind in Kantonen mit direkter Demokratie und in U.S.-Bundesstaaten mit Initiative stärker dezentralisiert.
- Finanzausgleich (Feld und Schaltegger (2002, 2005))
 - n Das Finanzreferendum senkt die zweckgebundenen Beihilfen auf Bundesebene dadurch, dass damit teilweise finanzierte Ausgabenprojekte von den Bürgern genehmigt werden müssen.

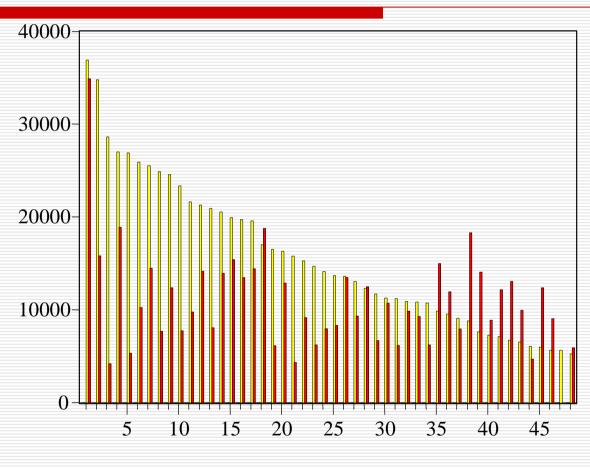




- Staatsschuld (Kiewiet und Szakaly (1996), Feld und Kirchgässner (1999, 2001a, 2001b, 2008), Schaltegger und Feld (2004, 2009), Feld, Kirchgässner und Schaltegger (2011))
 - n Die (kommunale) Staatsschuld pro Kopf ist in den Städten (U.S.-Bundesstaaten) mit Budgetreferendum (um 4500.-- Sfr bzw. 24 Prozent) niedriger als in den übrigen Gemeinden (Staaten).



Aktuelle und simulierte Werte der öffentlichen Schuld (SFr pro Kopf) in Gemeinden mit repräsentativer Demokratie



gelb: aktuelle Werte

rot: simulierte Werte

Konstanzer Wissenschaftsforum, 29. März 2012



- THE BURG
- Effizienz der öffentlichen Verwaltung (Pommerehne (1983), Fischer (2005), Matsusaka (2009), Nguyen-Hoang (2012))
 - n Die durchschnittlichen Kosten für die Müllabfuhr liegen in Gemeinden mit direkter Demokratie – ceteris paribus – um 20 Prozent unter jenen in Gemeinden mit repräsentativer Demokratie.
 - n Schlechtere Abschlüsse in Deutsch, bessere in Mathematik.
 - n Schulverwaltungsausgaben unberührt, aber schlechteres Schüler-Lehrer-Verhältnis.
 - n Weniger Beschäftigte oder geringere Löhne im öffentlichen Dienst.
 - n Ausgewogene Kriminalitätsbekämpfung.

- Einkommensumverteilung (Feld, Fischer und Kirchgässner (2010))
 - n Kantone mit direkter Demokratie setzen weniger Geld zur Einkommensumverteilung ein.
 - n Es wird auch tatsächlich weniger umverteilt.
 - n Die Einkommensumverteilung erfolgt allerdings zielgenauer dann, wenn größere Einkommensunterschiede.

- Identifikation mit dem politischen System (Pommerehne und Weck-Hannemann (1996), Feld und Frey (2002a, b), Frey und Feld (2002), Torgler (2005), Olken (2010))
 - n In Kantonen, in denen die Bürger weitgehend über das Budget mitentscheiden können, wird der Steuerbehörde pro Steuerpflichtigem und Jahr – ceteris paribus – rund 1500.-- Sfr weniger an Einkommen verheimlicht.

- Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger (Frey und Stutzer (2000a, 2000b), Olken (2010))
 - n Je stärker ausgebaut die direkten Volksrechte sind, desto zufriedener mit ihren Lebensumständen äussern sich die Bürgerinnen und Bürger in einer Umfrage.
 - n Ergebnisse sind allerdings umstritten.

- Wirtschaftskraft (Feld und Savioz (1997), Freitag und Vatter (2001), Blomberg, Hess und Weerapana (2004))
 - n Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf ist in den Kantonen (U.S.-Bundesstaaten) mit Referenden über Budgetfragen (Initiative) etwa 5 (15) Prozent höher als in den übrigen Kantonen.

Gründe für Unterschiede zwischen direkter und repräsentativer Demokratie

- Prinzipal-Agenten-Problem in der Politik
 - n Orientierung an den Bürgerwünschen in direkter Demokratie
 - n Bürgerwünsche eher erkannt: Informationsproblem der Politik
 - n Prestigeobjekte
- Interessengruppeneinfluss
 - n Geringer in direkter Demokratie (?)

Gründe für Unterschiede zwischen direkter und repräsentativer Demokratie

- Stimmentausch, Kuhhandel und Allmendeprobleme
 - n Geringer in direkter Demokratie
- Regierungswechsel
 - n Geringer in direkter Demokratie
- o Interaktionen mit anderen Institutionen



Schlussbemerkung

- Direkte Demokratie führt zu einer besseren Finanz- und Wirtschaftspolitik.
- Das Referendum wirkt als Bremse.
- Die Initiative kann auch als Gaspedal wirken.
- Das Finanzreferendum verhindert Prestigeprojekte,
- o aber nicht sinnvolle Infrastrukturprojekte.